

# BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Mai-Aufruf der DKP

## Heraus zum 1. Mai: Solidarisch im Kampf gegen die Projekte des Kapitals



Wir rufen auf zur Teilnahme an den 1.-Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaften. Mit dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ organisieren der DGB und seine Einzelgewerkschaften die Demonstrationen am diesjährigen Tag der Arbeit. Damit wird ein Fokus auf die sich rasant veränderte Arbeitswelt durch den intensiveren Einsatz von Computern und Netzen gesetzt. Stichworte sind Fabrik 4.0 oder Office 2.0. Dabei geht es aber weniger um die Gestaltung der Arbeit, sondern darum, die schon heute erkennbaren Folgen abzuwehren. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren rund 50 Prozent aller Berufe und das Normalarbeitsverhältnis verschwinden werden. An dessen Stelle tritt dann unter anderem der Solo-Selbstständige, der um jeden Auftrag und in Konkurrenz zu anderen kämpfen muss und gleichzeitig nicht von seiner Arbeit leben kann. Die Bundesregierung unterstützt diesen Prozess finanziell in Millionenhöhe ohne auf die Folgen einzugehen.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns. Der Einsatz von Computertechnologie in Industrie und Verwaltung muss den Beschäftigten nutzen, nicht der Profitmaximierung.**

Im Herbst will die Bundesregierung mit ihrem sogenannten Tarifeinheitsgesetz die Arbeitskampfbedingungen zugunsten des Kapitals verbessern. In Unternehmen, in denen mehrere Gewerkschaften vertreten sind, darf dann nur noch die Mehrheitsgewerk-

schaft zum Arbeitskampf aufrufen. Hingewiesen wird dabei immer auf die GDL, doch gemeint sind alle Gewerkschaften. Daran wird deutlich, dass die Bundesregierung nicht die Mehrheit der Menschen in diesem Land vertritt, sondern diejenigen, die aus der Lohnarbeit ihren Profit ziehen.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns. Wir werden unser Streikrecht verteidigen!**

Die Geheimverhandlungen über ein Abkommen mit dem Namen Trade and Investment Partnership (TTIP) der miteinander konkurrierenden imperialistischen Blöcke USA und EU machen deren Entschlossenheit deutlich, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse die eigenen Interessen durchzusetzen. Von der Arbeiterbewegung erkämpfte soziale, ökologische und politische Rechte und Standards – zum Beispiel im Bereich Gesundheit, Bildung, Ausbildung und Arbeit – sollen zerstört und dem Profit geopfert werden. TTIP stellt eine große Gefahr für alle Werktätigen diesseits und jenseits des Atlantiks dar. Im Herbst dieses Jahres steht im Bundestag das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) zur Abstimmung, welches als Blaupause für TTIP gilt. Und schon heute kann festgestellt werden, dass diese Bundesregierung dem zustimmen wird.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Wir werden aktiv die Bewegungen gegen TTIP, CETA, TISA & Co. unterstützen, damit die Lebensbedingungen nicht zugunsten der Profite des**

**Kapitals verschlechtert werden.**

Der Mindestlohn ist zu niedrig und gilt nicht für alle, Rente mit 63 ist eine Mogelpackung, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, der Jugend wird mit schlechter Bildung und ohne Ausbildung die Zukunft vorenthalten. Im Namen der Haushaltskonsolidierung wird die Schuldenbremse weiter gezogen. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird weiter eingeschränkt und staatliche Aufgaben werden privatisiert. Der Agenda 2010, in deren Umsetzung die Hartz-IV-Gesetze eingeführt und die Unternehmensbesteuerung gesenkt wurde, folgt eine Agenda 2020 mit ähnlich brutalen Auswirkungen.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Statt einer Agenda 2020 kämpfen wir für gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und eine Perspektive für die Jugend.**

Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland ist Ausdruck der Verschärfung innerimperialistischer Widersprüche. Er ist ein Signal dafür, dass sich die sozialreaktionäre Krisenbewältigungsstrategie des EU-Imperialismus und seiner politischen Eliten nicht mehr ohne Widerstand gegen die ausgeplünderten und verarmten Schichten der Bevölkerung durchsetzen lässt. Damit war das Wahlergebnis auch ein Signal für die gesamte Arbeiterbewegung in Europa. Jetzt gilt es, der Austeritätspolitik in den Arm zu fallen und die Lebensbedingungen für die Mehrheit der griechischen Bevölke-

rung zu verbessern. Doch die Bundesregierung hält im Interesse des Finanzkapitals an ihrer bisherigen Politik fest und erpresst Griechenland zu sogenannten Reformen.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Der beste Dienst, den wir bei uns für die notleidenden griechischen Kolleginnen und Kollegen leisten können, ist die Schwächung des deutschen Imperialismus. Und es muss ein Schuldenschnitt her – sofort!**

Die EU und Deutschland schrecken selbst dann nicht vor massiver innenpolitischer Einmischung zurück, wenn Staaten wie die Ukraine im Prinzip beitragswillig sind. Es reicht, dass die Beitrittsbedingungen gemäß Diktat aus Brüssel nicht widerspruchlos akzeptiert werden. Im Fall der Ukraine hat das sogar zu der politischen und logistischen Ausrüstung von faschistischen Kräften und Terroristen geführt, mit dem Ergebnis, dass diese nun neben den Vertretern der mächtigsten ukrainischen Oligarchen an der Regierung sind. Vor diesem Hintergrund stürmten Faschisten am 2. Mai 2014 das Gewerkschaftshaus in Odessa. Das erinnert uns fatal an den 2. Mai 1933, an dem in Deutschland die Nazis die Gewerkschaftshäuser überfielen und die freien Gewerkschaften zerschlugen. Damit war eine wichtige Stimme im Kampf gegen Faschismus und Krieg verstummt.

**Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Stoppen wir die Kriegstreiber. Die Bundesregierung muss sich von den Faschisten in der Ukraine deutlich distanzieren.**

Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

**Deshalb: Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um zukünftigen Sozialabbau abzuwehren, für unsere Interessen zu kämpfen und über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren. Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.**

**Dafür demonstrieren wir am 1. Mai!**

# Skandal in Flensburg

## Betrug mit Werksvertrag

**Werksvertrags-Firma versucht, griechische Kollegen über den Tisch zu ziehen. IG Metall Flensburg ruft alle betroffenen Betriebe zur Zusammenarbeit auf.**

Wer an den Bau von Flugzeugen, Schiffen und Autos denkt, denkt an Frauen und Männer, die nach einem guten IG Metall-Industrie-Tarifvertrag bezahlt werden. Das stimmt, aber es gibt auch die anderen. Das sind u.a. die Menschen, die aufgrund eines Werkvertrages im Betrieb arbeiten. Auch hier gibt es einige, die einen anständigen Tarifvertrag haben, es gibt aber auch diejenigen, die keinen haben und/oder auch noch ausgebeutet werden. Der Öffentlichkeit bekannt geworden sind solche unglaublichen Umstände vor ein paar Monaten auf der Meyer-Werft. Zwei Rumänen sind in einer überfüllten Wohnung verbrannt. Das Entsetzen war groß. Die IG Metall konnte einen Tarifvertrag mit dem Werft-Arbeitgeber verhandeln, um solche und andere skandalösen Umstände zu vermeiden. Danach gab es noch weitere Fälle, in denen z.B. griechische Arbeitnehmer eines Werkvertrags-Unternehmens in Mecklenburg-Vorpommern ohne Geld zurückgelassen wurden.

Jetzt haben wir auch einen Fall in Flensburg. Hierbei handelt es sich um griechische Arbeitnehmer einer Sub-Sub-Unternehmung, die für die Flensburger Werft gearbeitet hat. 13 Arbeitnehmer haben gemeinsam in zwei Zimmer geschlafen. Außerdem waren die Abrechnungen falsch, das heißt, dass die ersten Monate gar nicht bezahlt wurden und danach gab es nur hin und wieder Geld. Das ist ein schlimmer Zustand. In den Gesprächen, die wir mit den Betroffenen geführt haben, stellte sich heraus, dass es sich auf gar keinen Fall um Einzelfälle handelt. Auf allen namenhaften Werften in Deutschland und auch in Dänemark haben die in Flensburg Gestrandeten gearbeitet.

**Was ist jetzt zu tun?**

1. Natürlich wird die IG Metall vor dem Arbeitsgericht die Löhne einfordern.

2. Wir brauchen für die Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte, damit solche menschenverachtende Ausbeutung nicht mehr stattfindet. Solange es keine gesetzliche Ausweitung der Mitbestimmung für Betriebsräte gibt (zur Zeit sieht es nicht danach aus), müssen die Gewerkschaften dieses mit den Arbeitgebern in Tarifverträgen verhandeln.

3. Wir alle sind gefordert, uns die Bedingungen anzuschauen: sowohl im Betrieb als auch außerhalb. Wir dürfen nicht weggucken, wenn wir offensichtliche Missstände erkennen. Dazu gehört unter anderem die persönliche Schutzausrüstung, die Bezahlung, aber auch die Unterbringung. Es gibt zum Glück Personen und Einrichtungen, die Menschen in solchen Lagen unterstützen und Hilfe anbieten. Das ist sehr wichtig.



Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass als erstes die kriminellen Auswüchse solcher Werkverträge aufgedeckt werden. Im nächsten Schritt müssen aber auch die einzelnen Werkverträge überprüft werden. Es darf nicht sein, dass Werkverträge eingesetzt werden, um tarifliche Standards zu unterlaufen. Die IG Metall wird deshalb das Thema Werkverträge weiterhin auf der Tagesordnung haben und nach dem Motto: „Besser statt Billiger“ die nächsten Schritte planen.

*Michael Schmidt  
IG Metall Flensburg*

# Hartz IV ist undemokratisch und menschenverachtend

Deutschland ist das Land in der EU mit der höchsten Produktionsdichte, das bedeutet, in einer Arbeitsstunde müssen hier Arbeitnehmer mehr produzieren und leisten als vergleichsweise in anderen Staaten der EU, bei vergleichsweise geringerem Lohnausgleich. In den skandinavischen Ländern, Österreich, Frankreich und Großbritannien sind die Löhne durchschnittlich höher als hier. Durch die höchste Produktivität bei vergleichsweise geringerem Lohnausgleich können wir „Exportweltmeister“ sein. Es ist sicher ehrenvoll „Exportweltmeister“ zu sein, doch welchen Preis müssen Arbeiter in Deutschland für diesen, für sie nur ideellen Wert bezahlen? Sie müssen ständig Höchstleistung erbringen, um immer mehr in der vorgegebenen Arbeitszeit zu leisten und wenn sie es nicht schaffen, unbezahlte Überstunden leisten und so ihr Einkommen weiter senken, um ihre Arbeit nicht zu verlieren. Die verbleibende Freizeit reicht nicht mehr aus, um sich von der Arbeit zu erholen, oder seinen eigenen Interessen nachzugehen und soziale Kontakte in individuellen Lebensgewohnheiten, jenseits des Berufs zu pflegen.

Der ebenfalls ideale Preis für die Teilhabe an der Exportweltmeisterschaft ist; zu den Leistungserbringern in der Gesellschaft zu gehören. Mit Leistungserbringern sind in der neoliberalen Marktwirtschaft, wie sie von der CDU/CSU, SPD, FDP, den Bündnisgrünen vertreten werden, die Kapitalbesitzer, die Besitzer der Produktionsmittel und die ausgebeuteten Arbeiter gemeint. Diese drei bilden eine Einheit und sollen durch die von den Neoliberalen gepriesenen Eigenschaften wie Ausdauer, Opferbereitschaft von Lohn und Freizeit und Fleiß, zur Heroisierung der neoliberalen Marktwirtschaft beitragen. Natürlich haben die Arbeiter die Opfer zu bringen, während die Kapitaleigner und Besitzer der Produktionsmittel allein die materiellen Gewinne einstreichen können.

Es sind die Leistungserbringer, die angeblich den Staat zusammen halten und die Wirtschaft aufrecht erhalten, während diejenigen, die als Leistungs-

erbringer nicht zur Verfügung stehen können oder wollen als unnütze Schmarotzer und sinnlose Existenzen ausgegrenzt und diskriminiert werden bis hin zur Kriminalisierung. Sie werden zur Ruhigstellung mit „Hartz IV“ abgefunden, weil ihnen ein Recht auf Arbeit mit gerechten Tariflohn und Selbstbestimmung verweigert wird.

Nach marxistischer Erkenntnis sind aber die Interessen von Kapitaleignern, Besitzer der Produktionsmittel und die der Arbeiter entgegengesetzte Interessen, die nicht miteinander vereinbar sind. Arbeiter können niemals als Leistungserbringer Verbündete mit den nichts leistenden, sondern nur besitzenden Kapitaleignern und den Besitzer der Produktionsmittel sein. Wenn aber die Arbeiter zusammen mit den Kapitaleignern und Besitzer der Produktionsmittel gemeinsam zu den Leistungserbringern der Gesellschaft gezählt werden, müssen sie die Arbeitslosen und Armen als ihre gesellschaftlichen Gegner betrachten, für deren Erhalt sie jeden Tag „schuffen“ müssen, auf die Schwächsten in der Gesellschaft herab sehen und „nach unten treten“, anstatt als Arbeiter gegen ihre eigene Ausbeutung zu kämpfen. „Pegida“ und die Neo-Nazis sind Ausdruck dieser „rohen Bürgerlichkeit“ und bürgerlichen Brutalität und Entkultivierung. Auf dieser rohen Bürgerlichkeit und Entkultivierung der arbeitenden Klasse kann die neoliberale Auffassung gedeihen, dass die fleißigen und gutwilligen Leistungserbringer als „Volksgemeinschaft“ zu ihrem Nachteil für die Erwerbslosen aufkommen müssen. In der Rolle der Leistungserbringer können auch die ausgebeuteten Arbeiter von Erwerbslosen verlangen, dass sie Arbeit zu jedem Mindestlohn, an jedem Ort annehmen müssen und ihre Rechte als Arbeiter preis geben müssen, um dann auch zu der Volksgemeinschaft der Leistungserbringer dazu zu gehören.

Auch im Nationalsozialismus gehörten zur „Volksgemeinschaft“ die Besitzer des Eigenkapitals, die Besitzer der Produktionsmittel und deren fleißige und ausgebeutete Arbeiter, ohne die marxistische Trennung der nicht zu

vereinbarenden Rollen und Interessen. Die Ausgegrenzten waren die als minderwertig eingestuften Volksschädlinge, die nicht in der Lage gewesen sind, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die neoliberale Gesellschaft hat diese Gemeinsamkeit mit dem Faschismus.

Wenn wir in Wohlstand und Demokratie leben wollen, müssen wir für Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kämpfen.

Nur im Jahr 1972 hat es in der Bundesrepublik Vollbeschäftigung gegeben. 1972 hat es einmalig bei der Bundestagswahl eine Wahlbeteiligung von 91,1 % gegeben, bei der Bundestagswahl 1976 ging sie schon wieder auf 90,7 % zurück. Den größten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat die Arbeitslosigkeit. Das ist die Erkenntnis



der Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung zur Bundestagswahl 2013: Die Wahlbeteiligung ist in den Wahlbezirken am geringsten, in denen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. „Die Ergebnisse sind eindeutig und darüber hinaus vollständig deckungsgleich, sowohl für die Stadtteilanalyse als auch für die Analyse auf der Ebene der bundesweit repräsentativen Stimmbezirke. Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen“.

Wenn politische Parteien und Gewerkschaften die existentiellen Interessen der Menschen nicht mehr vertreten, weil sie alle im neoliberalen Konzert mitspielen, dann stehen nur Resignation und Selbstverachtung zur Wahl.

*Siglinde Cüppers*

**UZ** KOSTENLOS TESTEN!  
 unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

# Flensburg vor 70 Jahren - Tage im Mai 1945

## Das Ende der Todestransporte aus den Konzentrationslagern Neuengamme und Stutthof

Als die alliierten Truppen Hamburg immer näher rückten begann die SS am 1. April 1945 mit der Räumung der Außenlager des KZ Neuengamme. Auf diesen „Todestransporten“ kamen mehr als zehntausend Gefangene ums Leben.

Im Hauptlager Neuengamme begann die Räumung am 20. April. Die Häftlinge wurden nach Lübeck transportiert und auf Schiffe verladen. Die SS beabsichtigte die Schiffe mit den Häftlingen in der Ostsee zu versenken. Am 3. April griffen britische Jagdflugzeuge die vor Neustadt liegenden Schiffe an, schossen die „Cap Arcona“ in Brand und versenkten die „Thielbeck“. Dabei kamen 7000 Häftlinge ums Leben.

Im April und in den ersten Maitagen des Jahres 1945 endeten drei der zahlreichen Räumungstransporte aus dem KZ Neuengamme und seinen Außenlagern in Flensburg. Zunächst waren die Häftlinge einiger Außenlager von der SS in das „Auffanglager“ Sandbostel gebracht worden. Mehrere Hundert „marschfähige“ Häftlinge mussten Sandbostel jedoch am 20. April wieder verlassen und gelangten zu Fuß, per Bahn und schließlich auch mit Schiffen wie dem Kohlefrachter „Olga Siemers“ über den Nord-Ostsee-Kanal bis nach Flensburg.

Am 30. April legte die „Olga Siemers“ mit 320 überlebenden Gefangenen in Flensburg an. Einige schwer kranke Häftlinge wurden in ein Lazarett gebracht. Am 1. Mai verholte das Schiff auf die Westseite des Hafens, wo die weiterhin unter SS-Aufsicht stehenden Gefangenen auf den Gleisanlagen im Bereich der Werft für einen neuerlichen Transport in einen Güterzug verbracht wurden, der sie nach Lübeck fahren sollte. Der Zug erreichte aber lediglich Flensburg-Weiche, wo die Waggons mit Hunderten unversorgter Häftlinge vier Tage feststanden.

Am 30. April hatten die letzten Häftlinge das Konzentrationslager Neuengamme verlassen. Ein von Süden kommender Bahntransport mit etwa 300 Häftlingen aus Neuengamme traf am 2. Mai in Flensburg-Weiche ein und am 4. Mai folgte ein weiterer Transport mit etwa 150 Häftlingen.

Nachdem die SS-Mannschaften das Weite gesucht hatten, wurde die Bevölkerung in Weiche auf die Häftlinge aufmerksam und verständigte die Polizei. Die Gefangenen erhielten darauf, nach mehreren Tagen ohne Verpflegung eine Erstversorgung durch das Rote Kreuz und verschafften sich das übrige aus aufgebrochenen Waggons mit Verpflegungspaketen.

Am 3. Mai war der Lastkahn „Ruth“ mit Häftlingen aus dem am 26. April geräumten KZ Stutthof bei Danzig in der Flensburger Förde angelangt und wurde unterhalb der Marineschule Mürwik hinter der Badeanstalt an den Strand gesetzt. An Bord herrschten fürchterliche Zustände. Von den ursprünglich 1060 eingeschifften Häftlingen hatten nur 630 die Todesfahrt überlebt, weitere starben in den nachfolgenden Tagen.

Am 4. Mai wurden sämtliche in Weiche gestrandeten Häftlinge aus Neuengamme wieder in Waggons verbracht, zum Flensburger Hafen gefahren und dort auf den Dampfer „Rheinfels“ eingeschifft. Die Stutthof-Häftlinge von der „Ruth“ wurden ebenso von der „Rheinfels“ an Bord genommen. 1600 Häftlinge mussten hier, von der SS bewacht, weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren.

Erst am 10. Mai wurden die Häftlinge von den nach Flensburg gelangten Alliierten befreit, gepflegt und medizinisch versorgt. 1350 befreite ausländische Häftlinge werden vom Schwedischen Roten Kreuz zur weiteren Krankenbehandlung mit dem Motorschiff „Hornberg“ nach Malmö gebracht.

Die befreiten deutschen Gefangenen verbleiben noch bis zum 18. Mai an Bord der „Rheinfels“. Danach wurden sie in die Stormschule in der St. Jürgenstraße 95 einquartiert oder in Privatquartieren untergebracht, wo sie versorgt wurden bis sie wieder in ihre alte Heimat zurückkehren konnten.

Bei Ankunft der Todestransporte in Flensburg befanden sich an Bord der Schiffe und in den Eisenbahnwaggons zahlreiche Leichen. Auf der „Olga Siemers“ waren die während des Transports Verstorbenen auf der Brücke und in den Laderäumen gestapelt worden. Nach Ankunft des Schiffes wurden 20 Leichen dem Beerdigungsunternehmer übergeben und auf dem Friedenshügel bestattet. In der Zeit danach kamen noch weitere Opfer hinzu. An der Fördeküste wurden etliche Leichen angeschwemmt, die zuvor über Bord geworfen waren und am Bahngelände wurden ebenfalls Leichen gefunden.

Auf der „Ruth“ waren die Verhältnisse grauenhaft. Gleich nach ihrer Ankunft am 4. Mai waren 26 Leichen über Bord geworfen und unterhalb der Marineschule in zwei ausgehobenen Erdlöchern wie Tiere verscharrt worden. Erst am 26. Mai wurden die Toten gefunden und am 5. Juni auf dem Friedenshügel beigesetzt. Nach der Räumung der „Ruth“ wurden am 6. Mai im Laderaum 15 weitere in

Verwesung übergegangene Leichen gefunden und ebenfalls auf dem Friedenshügel bestattet.

Im Herbst 1947 wurden Einzelgräber ehemaliger KZ-Häftlinge aufgelöst und die sterblichen Überreste der Toten am 12. Dezember 1947 in den Ehrenhain der VVN auf dem Friedenshügel umgebettet.

Am 4. Juni 1950 wurde von der VVN unter großer Teilnahme Anteilnahme der Flensburger Bevölkerung das Ehrenmal für die KZ-Opfer eingeweiht. Es erwies sich als nicht witterungsbeständig. An gleicher Stelle steht heute ein in den 60'er Jahren ebenfalls von der VVN errichteter Gedenkstein mit der Inschrift „Den namenlosen Opfern in Ehrfurcht und Gedenken 1933-1945“. Nur das Fundament des alten Ehrenmals ist noch erhalten.

### DKP lädt ein:

#### THEMENABEND

Donnerstag, 7. Mai, 18 Uhr  
im TABLEAU Kulturcafé,  
Kurze Straße 1, Flensburg

**DKP in Aktion -  
Bilanz ziehen, Neues erkennen,  
Chancen nutzen - gegen  
Monopolmacht, Kriegspolitik und  
Rechtentwicklung**

#### MITGLIEDERVERSAMMLUNG

z. Donnerstag, 11. Juni, 18 Uhr  
z. Donnerstag, 9. Juli, 18 Uhr  
im TABLEAU Kulturcafé  
Kurze Straße 1, Flensburg

**BLICKPUNKT**  
DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg  
Postfach 1401, 24904 Flensburg  
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)  
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:  
beim AstA der UNIVERSITÄT  
OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG  
VOLKSBAD I HAFERMARKT  
KONTRASTE I KAFFEEHAUS  
VIVA I GRISOU I CAFÉ CENTRAL  
PORTICUS I FEUERSTEIN  
TABLEAU-KULTURCAFÉ